

Die „Vorwärts“ enthält morgens und nachmittags, Donnerstags und Freitags nur einen... Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus 10 Groschen...

Die abendliche Ausgabe des „Vorwärts“ kostet 5.- M. einschließlich... Bezugspreis: Berlin 2020, 2044, 4510, 4502, 4535, 4048, 4022.

# GEZEITUNG

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die taktische Situation der Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsbewegung befindet sich gegenwärtig in Folge der Revolution und der damit verbundenen Machtverschiebung der Klassen aus verschiedenen Gründen in einer neuartigen Situation. Der revolutionäre Wille der Arbeiterklasse drängt die Organisationen vorwärts und die energischsten Gruppen unter den Mitgliedern erheben die Forderung, daß die Verbände aus der Zuspitzung der Klassengegensätze die Konsequenz ziehen, indem sie als Organe der Arbeiterklasse nach dem Besten der politischen Situation den Kampf gegen den Kapitalismus und die Bourgeoisie klar und eindeutig aufnehmen. In den Massen ist das Bewußtsein lebendig, daß nur die Zusammenfassung aller organisatorischen Kräfte und ihr Vorwärtsschreiten auf einer einheitlichen Linie die ungeheuren Widerstände zu überwinden vermag, die Machtverhältnisse und die Macht der bürgerlichen Gesellschaft dem Streben der Arbeiterklasse nach dem Besitz der politischen Macht entgegenstellen. Und diese einheitliche große Linie kann nur die des mit Entschlossenheit und Umsicht geführten Klassenkampfes sein.

Auf der anderen Seite hat die Sozialpolitik der jüngsten Entwicklung die Gewerkschaften vor zahlreiche neue Aufgaben gestellt. Die sozialpolitische Hochflut, die wir gegenwärtig erleben, entspringt nicht dem Zufall. Wir geben uns feineren Illusionen hin, sondern sind uns vollkommen bewußt, daß die Bourgeoisie nicht daran denkt, auch nur die bescheidenste ihrer Machtpositionen ohne harten Kampf an die Arbeiterklasse preiszugeben. Aber wir verkennen auch nicht, daß sich die politische führende Klasse unserer Gegner klar darüber sind, daß keine Maßnahme der regierenden Faktoren möglich ist, ohne daß sie zuvor auf ihre Wirkung auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten geprüft worden wäre. Die Beachtung, die das politische Rollen der Arbeiterklasse findet, ist zweifellos gewachsen. Eine Regierung, die sich mit offener Brutalität gegen die Arbeiterklasse wendet, ist zur Zeit nicht nötig, es sei denn, daß sich, wie zur Zeit in Rußland, ein Teil der Arbeiterklasse auf die Seite der Regierung stellt. So müssen die Regierungen den Anschein zu erwecken versuchen, als seien sie bestrebt, dem Verlangen der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen. Daher die Fülle der sozialpolitischen Gesetze, die das Erstgeburtsrecht des Proletariats gegen dünne Pensionskassen eintauschen sollen, die man hinnehmen und benutzen soll, wie es die Sozialdemokratie in Deutschland stets getan hat, die aber gefährlich werden können, wenn sich die führenden Instanzen der Organisationen über ihren Wesensern und den Zweck ihres Daseins einer Täuschung hingeben.

Aber auch diese Gesetzgebung ist nicht möglich, ohne daß das Einverständnis maßgebender Kreise der organisierten Arbeiterklasse dazu vorhanden ist. Die sozialpolitischen Gesetze wären vor allem unfruchtbar und würden den gesetzten demagogischen Zweck nicht erreichen, wenn sie so gestaltet wären, daß sie vornehmlich mit einem heftigen Widerstand in der Arbeiterklasse zu rechnen hätten. Daher die Erscheinung, daß sozialpolitische Gesetze niemals an die Parlamente gelangen, ohne daß sie vorher mit den Instanzen der Gewerkschaften sorgfältig beraten worden sind. Für die Gewerkschaftsbewegung bedeutsam ist vor allem jener Komplex von gesetzgeberischen Maßnahmen, der neue Möglichkeiten der Lohnpolitik erschließt. Wir erinnern nur an die Möglichkeit zur Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen und zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten, die den Kampf nicht lohnen, durch permanente Schlichtungsinstanzen.

Wir verkennen nicht, daß ein vor einem Schlichtungsausschuß erreichter Erfolg keine Tat des revolutionären Klassenkampfes ist. Wir wollen aber auch nicht übersehen, daß wir den Gewerkschaften noch immer die Aufgabe stellen, die Lohnverhältnisse der Arbeiterklasse zu verbessern oder doch wenigstens dem Sinken des Reallohnes entgegenzuwirken. Es darf wohl auch hinzugefügt werden, daß diese Aufgabe in der gegenwärtigen Zeit wachsender Schwierigkeit des Lebensunterhalts nicht an Bedeutung verloren hat.

Stellen wir den Gewerkschaften aber diese Aufgabe, dann dürfen wir ihnen auch nicht die Mittel verweigern, deren sie zu ihrer Erfüllung bedürfen. Die ungemein schwierige Kampfsituation der gegenwärtigen Zeit, hervorgerufen durch das Darunterliegen des Wirtschaftslebens, zwingt die meisten Gewerkschaften, den Weg über den Schlichtungsausschuß und der Umgehung der offenen Schlacht öfter zu benutzen, als ihnen lieb ist. Es ist daher sinnlos, die Gewerkschaften, wie es wiederholt geschieht, darum verächtlich zu machen, weil sie diese Mittel der Tarif- und Schlichtungspolitik ausnutzen. Wir bekennen sogar, daß wir die äußerste Ausnutzung solcher Möglichkeiten in allen Angelegenheiten der reinen Lohnpolitik fordern, sofern dabei nicht Lebensrechte der Bewegung und notwendige Forderungen der Arbeiterklasse preisgegeben werden, denn wir müssen die aktiven Kräfte sparen

#### Wrangel auf dem Rückzug

##### Vor der Perekop-Linie

Die Offensiv der Roten Truppen gegen den General Wrangel scheint nach den bisherigen Meldungen von einem bedeutenden Erfolg gekrönt worden zu sein. Wrangel war von der Krim aus bis an das Dnjeprufer vorgestoßen und hatte eine Reihe wichtiger Städte besetzt. Die Roten Truppen haben ihn durch den Angriff, der Ende Oktober eingeleitet wurde, aus diesen Positionen verdrängt. Sie melden große Gefangenenziffern und beträchtliche Beute an Geschützen, Munition und Bagagen. Die Verluste scheinen Wrangel so schwer getroffen zu haben, daß er sich entschlossen hat, das ganze Gebiet nördlich und nordöstlich der Krim zu räumen.

Nach einer Meldung aus London, will sich Wrangel hinter die Perekop-Linie zurückziehen. Perekop liegt auf der schmalen Landenge, die die Halbinsel Krim mit dem Festlande verbindet. An dieser Stelle haben die Bolschewisten schon bei der Vertreibung der Denikintuppen, im Frühling 1920, Halt machen müssen. Die Linie sperrt den Zugang zur Krim sehr stark ab. Sie ist im Verlauf des Sommers festungsartig ausgebaut und durch französische Hilfe mit den modernsten Geschützen bestückt worden.

Im Frühjahr legten die Bolschewisten ihren Vormarsch über die Landenge hinaus nicht fort, weil die Gewinnung der Linie zu große Opfer erforderte hätte und weil andererseits durch die polnische Offensiv die Roten Truppen ein anderes, weit wichtigeres Tätigkeitsfeld erhielten. Der Angriff auf die Landenge von Perekop ist vor allem auch deshalb schwierig, weil die Gegenrevolutionäre in der Abwehr des Angriffs durch die Mitwirkung von Schiffsgeschützen von der See her eine nennenswerte Unterstützung finden, die schlecht zu unterbinden ist, da die weittragenden Schiffsgeschütze vom Lande aus schlecht niederzulampfen sind.

Wrangel selbst führt nur eine kleine Flotte zur Verfügung. Aber die französischen Kriegsschiffe stehen für ihn bereit. Sie haben bereits zugunsten Denikins eingegriffen, und sie werden es auch bei dem Angriff auf Wrangel tun. Für Rußland ist aber die Vertreibung Wrangels aus der Krim eine Lebensfrage geworden. Durch den Hafen von Sebastopol kann sich Wrangel dauernd mit Munition und Proviant versorgen lassen und nach jeder Niederlage nördlich der Perekop-Linie den Kampf von neuem beginnen.

##### Perekop besetzt!

Der russische Heeresbericht vom 31. Oktober meldet: Am Ufer des Schwarzen Meeres besetzten wir den Hafen Sladowst. Im Abschnitt Perekop überwandern unsere Abteil-

ungen den Widerstand des Gegners, besetzten Perekop und kämpften hartnäckig südlich dieser Stadt. In einem späteren Bericht heißt es: Der Gegner, verstärkt durch zahlreiche, von der polnischen Front herübergeworfene Infanterie- und Kavallerie-Divisionen, legt seinen hartnäckigen Angriff fort.

London, 3. November.

Wie Reuters meldet, hat General Harrington gestern London verlassen, um sich nach Konstantinopel zu begeben. Er wird das Oberkommando der Streitkräfte im Schwarzen Meer übernehmen. Außerdem ist er beauftragt, die Ausführung des Friedensvertrages zu überwachen.

Der Korrespondent des „Daily Express“ berichtet aus Konstantinopel vom 1. November, daß der Druck der Bolschewisten gegen die Armee Wrangels in der Krim stärker sei, als man anfänglich geglaubt habe. Die Bolschewisten hätten bei ihrem Vormarsch drei Armeekorps, vier Kavalleriedivisionen und mehrere Detachements aus Turkestan in den Kampf geworfen.

##### Die Abwehr des französischen Anschlags

Paris, 3. November.

Der Allgemeine Arbeiterverband (C. G. T.), die sozialistische Partei und die Liga für Menschenrechte haben sich zu einer Propaganda zugunsten der Einsetzung des Friedens im Orient vereinigt. In drei Delegierte der genannten Organisationen haben gestern die Beratungen darüber begonnen, in welcher Weise sie vorzugehen gedenken.

##### Trotski über den Sieg

M. London, 3. November.

Ein Telegramm aus Sebastopol besagt: Die Bolschewisten haben Wrangels Zentrum durchbrochen und offenbar seine Flügel vernichtet. Wrangel verteidigt sich tapfer und macht Anstalten sich über den Schwarz-See nach der Krim zurückzuziehen. Trotski gibt über die Niederlage folgendes bekannt:

„Der Feind ist bereits von der Landzunge abgeschnitten und der Ring um ihn wird zusammengezogen. Es ist ein großer Erfolg, wenn er bis zum Ende fortgesetzt werden kann, so daß wir einen Zugang zur Krim bekommen. Es kann nicht davon gezweifelt werden, daß unter entscheidender Vormarsch nach dem Süden die Pforten der Krim für uns öffnen wird. Unsere Kavallerie muß dem geschlagenen Feind nicht Zeit lassen, sich etwa auf französischen Schiffen einzuschiffen.“

im Interesse größerer Aufgaben, die täglich, sofortige Erfüllung heischend, vor uns hinstehen können. Stets haben wir uns dagegen gewandt, daß die Revolution zu einer Lohnbewegung gemacht werde. Darum müssen wir aber auch eine Taktik ablehnen, die jede Lohnbewegung künstlich zu einer grundsätzlich revolutionären Aktion auspumpen will.

Die Benutzung der öffentlichen Schlichtungsorgane, die Möglichkeit, Tarife zu rechtsverbindlichen Verträgen stampeln zu lassen, sowie die Mitwirkung auf anderen Arbeitsgebieten der Sozialpolitik, hat aber zur Voraussetzung, daß die Organisationen, die die Vertretung der Arbeiter und Angestellten führen, von den Behörden als Gewerkschaften anerkannt werden. Das führt soweit, daß die freien Gewerkschaften gezwungen sind, die Anerkennung etwa der „Gelben“ als Gewerkschaften zu bekämpfen, während diese Schmarotzergesellschaft großen Wert auf die Anerkennung legt, weil ihre Position damit erheblich verbessert wird. Kurz: Die Gewerkschaften bedürfen heute, um alle Möglichkeiten zur Erfüllung der ihnen von ihren Mitgliedern gestellten Aufgabe ausnutzen zu können, der Anerkennung durch die Staatsgewalt des Klassenstaates. Und es ist immerhin ein Merkmal der Zeit, daß die Staatsgewalt es nicht wagen darf, ihnen diese Anerkennung vorzuenthalten.

Dadurch bildet sich allmählich ein Zustand heraus, in dem Gewerkschaften nicht mehr ausschließlich Kampforganisationen der Arbeiterklasse sind, sondern gleichzeitig öffentlich anerkannte Organe des gesellschaftlichen Lebens, Autoritäten, deren Wille nicht allein maßgebend ist für die Mitgliedschaft. So entsteht für sie eine schwierige taktische Situation. Wollen wir den Gewerkschaften den Weg durch dieses Dickicht bahnen, so müssen wir diese Umwandlung ihrer Stellung, der sie sich gar nicht entziehen können, beobachten und ihre Konsequenzen zu begreifen suchen. Es hilft gar nichts, sich mit revolutionären Reden um diese Tatsachen und ihre Anerkennung herumzudrücken.

Die Aufgabe der Gewerkschaftstaktik scheint uns jetzt darin zu liegen, diese Umwandlung, die noch nicht abgeschlossen ist, sondern sicher fortgeschritten, zu übersehen, ohne

dabei den Boden des Klassenkampfes auch nur um Haarsbreite zu verlassen. Es ist ganz gewiß, daß den reformistischen Neigungen der Rurgewerkschaftsbureaucratie aus dieser neu erworbenen Stellung der Gewerkschaften im Rahmen der Gesellschaft frische Nahrung zuströmt. Der reformistische Sozialpolitiker wird durch ein erträgliches Verhältnis zu den Organen des Staates leicht zu der Auffassung kommen, diese gute Nachbarschaft sei ein natürlich gegebener Zustand, der den Weg eines bedächtigen Vorwärtsschreitens bis zur letzten Höhe wirklicher Macht oder auch nur der Teilnahme an der Macht erschließt. Solche Gestinnung und Auffassung der Dinge führt notwendig zu einseitig reformistischen Methoden auf allen Gebieten und bei allen Gelegenheiten, führt zum permanenten Kompromiß mit den politischen und wirtschaftlichen Gewalten der Bourgeoisie in Koalitionsregierungen und Arbeitgemeinschaften. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Bewegung vor solcher Gefahr politischer Versimpelung bewahrt werden muß. Die revolutionäre Arbeiterklasse folgt nur ihrer gesunden Einsicht in ihre Klassenlage, die durch alle diese Vorgänge im Prinzip nicht im mindesten verändert wird, wenn sie solche Politik unter der Führung unserer Partei bekämpft, aber es ist verfehlt, und es heißt das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn die Gewerkschaften mit Hohn übergehen werden, weil sie ihre veränderte Position für die Zwecke des Lohnkampfes ausnutzen. Wir können bedenkenlos alle Möglichkeiten der neueren Sozialpolitik benutzen, aber wir müssen weder sie, noch die Anerkennung der Gewerkschaften, noch andere dem persönlichen Gefühl des Bureaucraten schmeichelhafte Dinge betrachten als großmütige Gnadengeschenke, die wir denot hinzunehmen haben, und die uns zum Wohlverhalten verpflichten, sondern wir müssen sie auffassen als einen unzweifelhaften Anspruch der Arbeiterklasse, als selbstverständliche Forderungen, als kleine Vorteile, die wir, soweit sie dazu tauglich sind, benutzen, um uns fester in den Sattel zu setzen, und um unseren Kampf um die letzte Machtergreifung umso besser, aber umso energischer führen zu können.

Können uns diese Dinge dazu dienen, dann mögen sie uns recht sein. Sie werden uns aber dazu nur dienen, wenn wir uns und unsere Organisationen innerlich vorbereiten und bereithalten für die entscheidenden Kämpfe. Alle diese neuen Dinge werden uns ferner nur dann zum Vorteil gereichen, wenn wir dort die Grenze ziehen, wo die Idee der Gemeinsamkeit der Interessen ihren verhängnisvollen Spul beginnt.

Bei allen Fragen der reinen Lohnpolitik besteht eine solche Gefahr nicht oder nur in sehr geringem Maße. Denn der Streit um den Arbeitsvertrag wird stets den Stachel des unverföhnlichen Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit fühlbar werden lassen, mag er auch in milderer Form geführt werden. Die Gefahr wird jedoch sofort brennend, wenn das Gebiet der Wirtschaftspolitik betreten wird. Hier ist heute schärfste Trennung beider Lager mehr denn je dringendes Gebot. In dieser Sphäre ist durch die Gewerkschaften die Grenze des taktisch Zulässigen überschritten worden durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft. Darum gilt diesen immer wieder unsere schärfste Kampfanzeige. Diese Politik wäre der Gewerkschaftsbewegung längst verhängnisvoll geworden, wenn die Arbeiterschaft an sie geglaubt, und wenn sie Gelegenheit gehabt hätte, sich voll zu entfalten, denn das hätte in der Arbeiterschaft Illusionen geweckt, die für die sozialistische Ueberzeugung der Massen verberlich gewesen wäre und die nie hätten erfüllt werden können, zum Schaden für die Bewegung, die die Massen bitter enttäuscht hätte. Darum hören wir nicht auf, zur Preisgabe dieses zerstörenden Wahnes zu mahnen.

## Die Stützen des Herrn Hermes

Handel, Industrie und Landwirtschaft an der Arbeit

Der Reichsernährungsminister Hermes hat am Dienstag im Haushaltsausschuß die Mitteilung bekräftigt, daß in seinem Ministerium Besprechungen stattgefunden hätten, in denen beschloffen worden sei, die Angriffe gegen ihn durch Angriffe auf andere Beamten auszugleichen. Der Abgeordnete Pagnide hat daraufhin sofort festgestellt, daß eine solche Besprechung tatsächlich stattgefunden hat, nur nicht in den Räumen des Ernährungsministeriums, sondern in den Räumen einer Privatgesellschaft. Hieran anknüpfend schreibt die „Morgenpost“:

„In Wirklichkeit haben sogar zwei Besprechungen stattgefunden. Die eine Besprechung hat unter der Leitung des Vorsitzenden des Städtischen Ausschusses Caro und in Anwesenheit von Mitgliedern des bayerischen Margariner-Kongress in der in politischen Kreisen wohlbekannten Mittwochs-Gesellschaft stattgefunden. Diese Kreise treten für Hermes ein, weil sie in ihm den schärfsten Gegner der geplanten Sozialisierung der Städtischen Erzeugung sehen. Aus diesem recht materiellen Grunde entschloß man sich deshalb, die Aufmerksamkeit von Hermes durch Angriffe auf andere Personen abzulenken. Die zweite Besprechung hat in den Räumen des Ernährungsministeriums selbst unter dem Vorsitz eines Geheimrats aus dem Ministerium stattgefunden. Wir helfen dem offenbar sehr schwachen Gedächtnis des Ministers gern nach und verraten ihm, daß der Syndikus der Hamburger Handelskammer und andere Herren aus Hamburg an dieser Sitzung teilgenommen haben. Man beriet wie Minister Hermes gegen die vielen Angriffe gelächelt werden könne. Die Vertreter der Handelskreise wollten mit der Festigung der Stellung des Ministers zugleich der von sozialdemokratischer Seite erstrebten Wiedereinführung der Zwangswirtschaft entgegenwirken und beschloßen daher, gegen andere hohe Beamte einen persönlichen Kampf zu eröffnen und so das Interesse von Hermes abzulenken. Wir glauben, daß diese Feststellungen genügen, um die Zuverlässigkeit der Angaben des Ministers im Reichstagsausschuß zu unterstützen.“

Damit dürften wohl die inneren Triebkräfte, die die bürgerlichen Parteien zur Verteidigung des Herrn Hermes veranlassen, genügend dargestellt sein. Die „Deutsche Tageszeitung“ sucht aber bereits den unangenehmen Eindruck zu verwischen, den das begeisterte Eintreten ihres Führers Dr. Hübner im Haushaltsausschuß des Reichstags für Hermes auf die Öffentlichkeit hervorgerufen hat.

Wir wollen dazu für heute nur bemerken, daß die Tatsache doch außerordentlich auffallend ist, daß alle diejenigen schwerindustriellen und agrarischen Organe — „Vost“, „Kreuzzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“, „Tägliche Rundschau“ — in deren Spalten die Verfehlungen des Herrn Hermes zuerst scharf kritisiert wurden, jetzt, nachdem er der Befürworter ihrer Politik geworden ist, die eifrigsten Verteidiger seiner Handlungen sind.

## Eine Erklärung von Ramm

Der Staatssekretär im Reich, Landwirtschaftsminister, Dr. Ramm, versendet eine Erklärung an die Presse, in der er feststellt, daß die bekannten 6000 M. Herrn Dr. Augustin am 8. Oktober 1919 aus dem Privatkonto des Dr. Glöck überwiesen wurden. Die Erstattung der Summe durch die Adersbaugeellschaft geschah am 3. November 1919. Die Beschaffung des Sparfahrscheinens in Höhe von 1000 M. erfolgte am 15. September 1919. Er könne also in dem gerichtlichen Verfahren unschwer nachweisen, daß vor diesen geldlichen Transaktionen zwischen dem ersten Geschäftsführer der Adersbaugeellschaft und ihm kein Wort über die Beamteneinstellung gefallen ist. Es sei ihm, Ramm, also ein Leichtes zu beweisen, daß er Dr. Augustin keine Kasse gelegt habe, und daß er selbst durch die Mai-Mitteilung über die fraglichen Vorgänge aus erster Hand überführt und betroffen war.

Den Preussischen Landwirtschaftsminister und Ministerpräsidenten habe er selbstverständlich über alle Vorgänge auf dem Laufenden gehalten. Daß Braun die Sache auf dem Parteitag in Cassel zur Sprache bringen wollte, war mir nicht bekannt. Ebenso wußte der Ministerpräsident, als er die Rede hielt, noch nicht, daß die Entlassung des Dr. Augustin aus dem Staatsdienst bereits erfolgt sei.

Damit erweisen sich die Vorwürfe gegen den Staatssekretär Ramm als hinfällig, die darauf hinausliefen, ihn der Mittwertschaft an der Bestechung von Dr. Augustin zu bezichtigen. Im übrigen aber zeigt diese Darstellung, was von der Behauptung zu halten ist, von der Zuwendung von 6000 M. habe Augustin nichts gewußt, da seine Frau sie erhalten habe. Sechs Monate waren bereits seit Empfang des Geldes verstrichen!

Beendigung des Magistrats-Hilfsbeamtenstreiks in Halle. Die Verhandlungen zwischen den Hilfsangestellten, den Arbeitern und dem Magistrat haben zu einer Einigung geführt. Den Magistrats-Hilfsangestellten und den städtischen Arbeitern sind Teuerungszulagen und Kinderbeihilfen bewilligt worden. Die Wehrungsgelder für die Stadt betragen etwa 1 1/2 Millionen Mark. Die Hilfsangestellten haben die Arbeit wieder aufgenommen.

## Was geht in Bayern vor?

Sind die monarchistischen Früchte schon reif?

Wir gaben in der gestrigen Abendausgabe eine Nachricht des „Hamburger Echo“ wieder, in der mit aller Bestimmtheit behauptet wurde, daß die Rechtsparteien in Verbindung mit der Orgesch in den nächsten Tagen einen neuen Putsch unternehmen würden. Das Hamburger Blatt will für seine Angaben detaillierte Unterlagen haben. Der „Vorwärts“ behauptet im Anschluß an diese Meldung, ebenfalls umfangreiches Material über den Plan eines Rechtsputsches zu besitzen. Auch uns sind ähnliche Nachrichten ausgegangen. In Pommern, Schlesien, Ostpreußen, in der Mark Brandenburg: überall ist die Reaktion fieberhaft am Werke, die gegenrevolutionären Militärorganisationen auszubauen, sie schlagfertig zu machen. Ueberall arbeiten die Männer des 13. März an der Schaffung eines Apparates, der das deutsche nationale Parteiprogramm — die Herstellung des monarchistischen „Ordnungsstaates“ — verwirklichen soll.

Tadel verdächtigen sich die Gerüchte, daß das Signal zum Losschlagen von Bayern aus gegeben werden soll, in den letzten Tagen immer mehr. Sie liegen durchaus im Bereich der politischen Möglichkeit, denn in Bayern herrscht heute schon im geheimen die Monarchie. Wenn diese durch einen Putsch jetzt auch äußerlich wieder zur herrschenden Staatsform erhoben werden würde, so würde das, den bayerischen Machtverhältnissen entsprechend, nur eine rein formelle Angelegenheit sein, so groß natürlich die politischen Auswirkungen eines solchen Unternehmens auch werden würden. Denkt nun Bayern tatsächlich schon jetzt ans Losschlagen? Sind auch für das übrige Reich die Früchte der Monarchie schon so reif, daß sie ohne Nachteil für die Pächter gepflückt werden können? Die „Bosnische Zeitung“ berichtete gestern aus München von Vorbereitungen über den Einzug des neuen Königs. Sie betonte dabei ausdrücklich, daß für jeden, der die Entwicklung der bayerischen Verhältnisse beobachtet habe, die Gerüchte über das große Königsmachen nicht ganz aus der Luft gegriffen erschienen. Bemerkenswert ist, daß auch bei den ausländischen Staaten ganz bestimmt lautende Nachrichten über einen, in den nächsten Tagen geplanten Putsch der bayerischen Monarchisten vorliegen.

Wir geben diese Nachrichten, die durch den Warnungsruf Severings erhöhte Bedeutung erhalten, wieder, ohne uns darauf festzulegen, daß der Putsch tatsächlich schon in den nächsten Tagen erfolgt. Die politische Situation spricht durchaus nicht für den Erfolg des geplanten Unternehmens. Kein militärisch betrachtet, mag die Situation allerdings für das Losschlagen reif sein, wobei jedoch bemerkt werden muß, daß alle Erfahrungen dagegen sprechen, daß die Rechtspolitiker auch diesmal wieder den Anreißer machen. Viel eher ist damit zu rechnen, daß die Arbeiterklasse zum Losschlagen drängen, um dann als rettende Engel den Segen der Monarchie über Deutschland zu breiten. Das „Hamburger Echo“ schreibt im Anschluß an seine schon erwähnte Nachricht:

„Die Arbeiterschaft wird die Verbrecher am Volk nicht wieder den bürgerlichen Behörden und Gerichten zur Aburteilung überlassen, sondern sie wird selbst urteilen und die Urteile selbst vollziehen.“

Wir wollen hoffen, daß die Rechtssozialisten sich an diese Sätze auch dann halten, wenn die Reaktion tatsächlich ihren Plan durchführen sollte. Die Arbeiterschaft ist heute klüger als vor dem 13. März. Sie kennt das Komödientenspiel, welches sich an das Rappverbrechen angeschlossen und sie wird, gewungen durch ihr Lebensinteresse, den Kampf gründlicher führen müssen, wenn die Reaktion es wiederum wagen sollte, dem Proletariat eine verhasste Herrschaftsform aufzuzwingen.

## Die Ausführung des Friedensvertrages

Der Haushalts-Ausschuß des Reichstags verhandelte gestern den Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages. Die einzelnen Postionen, die zu den Etats von verschiedenen Ministerien gehören, sind zum ersten Mal in einem besonderen Abschnitt zusammengestellt. Referent für diesen Abschnitt ist der Genosse Breitscheid.

Selbstverständlich ist dieser Etat, der mit einer Ausgabe von 41,4 Milliarden abschließt, und keinerlei Einnahmen aufweist, kein vollständiges Bild von den durch den Versailles-Frieden dem deutschen Volke erwachsenden Lasten. Zu den 41 Milliarden ist vor allem die noch nicht festgesetzte Wiedergutmachungssumme zuzuzählen, und es gehören dazu auch noch die unendlichen Ausgaben, die uns sonst der unglückliche Ausgang des Krieges auferlegt. Eine klare Abgrenzung dieses Haushaltsabschnitts ist nicht wohl möglich, da man auch andere Postionen aus den übrigen Etats ebenfalls hätte hinzunehmen können, wie es beispielsweise mit dem für die Unterführung der aus Elb-Lothringen ausgewanderten und Ausgewiesenen geschehen ist.

Am Mittwoch wurden zunächst die Postionen besprochen, die aus dem Etat des Reichsfinanzministeriums übernommen sind. In der Vorlage betragen sich diese Ausgaben auf 15,5 Milliarden M. Sie setzen sich folgendermaßen zusammen: für den Hohen Ausschuh der alliierten und assoziierten Mächte 20 Millionen, Unterhaltung der alliierten und assoziierten Besatzungstruppen in den Rheinlanden 15 Milliarden, Grundstücksverwertungen usw. für Unterbringung der Besatzung 446 Millionen, Instandhaltung der Grundstücke und Beschaffung und Erhaltung der Einrichtungsgegenstände 41,8 Millionen, Betriebskosten 18 Millionen. — In der Sitzung teilten die Vertreter der Regierung mit, daß diese Summe noch beträchtlich zu erhöhen sei, und zwar die Kosten für den Hohen Ausschuh von 20 auf 40 Millionen, die für Grundstücksverwertungen auf 611 Millionen und die Betriebskosten auf 36 Millionen.

Die Diskussion erstreckte sich insbesondere auf die Auslegung und Handhabung der der Entente durch den Friedensvertrag gegebenen Rechte. Es wurde erneut festgestellt, daß Deutschland gar keine Möglichkeit besitzt, eine Erhöhung der Kopfstärke der Besatzungstruppen abzuwehren. Diese Besatzungstruppe beläuft sich zur Zeit auf 150 000 Mann. Ein von der demokratischen Fraktion gestellter Antrag, daß die Regierung in neue Verhandlungen über die Herabsetzung der Besatzungsarmee eintreten soll, wurde von den Vertretern aller Parteien befürwortet. Von Seiten der Unabhängigen wurde dabei betont, daß man diese Verhandlungen nicht nur auf die finanzielle Belastung Deutschlands stützen sollte, sondern auch die politischen Gründe betonen müsse. Dr. Helfferich regte an, daß der Reichstag, um seinen Protest gegen die ungeheuerliche Belastung zum Ausdruck zu bringen, die angeforderte Summe nicht voll bewilligen sollte. Es müsse dann der Regierung überlassen bleiben, die Beiträge unter dem Druck der Verhältnisse doch zu entrichten. Genosse Breitscheid wies auf die Unmöglichkeit eines

solchen Verfahrens hin, das eine leere Demonstration bedeute, wenn man von vornherein entschlossen sei, die Regierung nicht für die Mehrangabe zur Verantwortung zu ziehen. Im großen und ganzen sei man nicht einmal durch den Friedensvertrag genötigt, diesen Postionen zuzustimmen, freilich habe man sich gegen jede Ausgabe, die über die Verpflichtung des Friedensvertrages und des Rheinland-Abkommens hinausging, energisch zu wehren. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, an dem die Regierung zur Bortragung einer Denkschrift über die aus dem Friedensvertrag erwachsenden Lasten und die zu ihrer Verminderung geführten Verhandlungen auffordert. Im übrigen wurde die Debatte auf Donnerstag vertagt.

## Ein politisches Geschäft

Aus einer Anfrage des Abg. Gothein im Reichstage wird bekannt, daß der Landbund — eine monarchistisch-politische Organisation — sogenannte Wirtschaftsverbände ins Leben gerufen hat, die er in die Zwangswirtschaft einzuführen sich bemüht, um dadurch Mittel für seine parteipolitischen Zwecke zu gewinnen.

Diese Bestrebungen werden durch das Reichsernährungsministerium und die Reichsgetreidestelle gefördert. Die Wirtschaftsverbände des Landbundes werden in die Erzeugung des Brotgetreides eingeschaltet und erhalten dabei Kommissionsgebühren, die sie, ohne daß von ihnen irgendwelche Arbeit geleistet wird, ihren politischen Zwecken nutzbar machen. Das geschieht, obwohl die Zulassung des Landbundes mit den Bestimmungen der Reichsgetreideordnung im Widerspruch steht, wonach als Kommissionäre nur solche Personen oder Genossenschaften zugelassen sind, die bereits im Jahre 1914 im Getreidegeschäft tätig waren. Auch haben die Landbund-Organisationen gegen ihnen unbecommene Anordnungen der Behörden mehrfach dadurch opponiert, daß sie den Lieferstreik für die landwirtschaftlichen Produkte ihrer Mitglieder erklärten.

In der Anfrage wird auf einen besonders trassen Fall verwiesen, der sich im Kreise Brenzlau zugetragen hat. Dort hat der Wirtschaftsverband die Kommissionäre unter erpresserischem Druck gezwungen, von den Kommissionsgebühren 6 Mark für die Tonne an den Landbund abzuliefern. Das bedeutet, daß der Landbund allein im Kreise Brenzlau 240 000 M. einstreicht, ohne für die Erzeugung des Getreides auch nur die geringste Arbeit zu leisten.

Die Unterstützung dieser Bestrebungen durch das Ernährungsministerium ist eine Förderung der gegenrevolutionären Bestrebungen der Agrarier, die sich des Landbundes als eines Organs zur Sammlung aller reaktionären Elemente auf dem Lande bedienen.

## Ablehnung des Uebereinkommens im englischen Bergbau

London, 2. November. (Reuters.)

Die Abstimmung der Bergarbeiter hat eine Mehrheit von 8439 Stimmen gegen die Annahme des getroffenen Uebereinkommens ergeben. Die Delegiertenkonferenz in London hat jedoch beschlossen, den Bergarbeitern anzuraten, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

## Ein Protest der Auslandsgruppe der ukrainischen Kommunisten

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Wien, 2. November.

Die Auslandsgruppe der ukrainischen Kommunisten nahm in ihrer letzten Sitzung nach längerer Diskussion über den Bericht des aus der Sowjet-Ukraine juristisch-gelehrten Genossen Winnitschenko folgende Resolution an:

1. In Anbetracht des bisher beobachteten prinzipiellen Standpunktes, der in keiner Weise einer Veränderung unterliegt, steht die Auslandsgruppe der ukrainischen Kommunisten auch fernerhin auf der Plattform der Diktatur des Proletariats in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus, wie auch auf der Plattform der Räteorganisation der Gesellschaft.
2. Die Auslandsgruppe betrachtet die gegenwärtige Politik der russischen sozialistischen föderativen Sowjet-Republik und der russischen kommunistischen Partei als unvereinbar und gegensätzlich mit den Grundsatzprinzipien des Kommunismus. Ihre Politik ist keine Politik der Diktatur des Proletariats, sondern eine Politik der Diktatur der Räte von Kommissaren und Bureaukraten, die sich ausschließlich auf die Macht der Bajonette stützen. Es ist eine Politik, die die Idee des Sozialismus unter den arbeitenden Massen des Volkes zu diskreditieren und zu vernichten geeignet ist. Das Räteystem existiert im Grunde nicht, es ist nicht und an seiner Stelle herrscht der Despotismus von Kommissaren und Bureaukraten.

3. Diese Politik, konsequent durchgeführt durch ein aus Moskau herbeigeströmtes bureaukratisches russifizierendes Element, das der Ukraine im Namen des einzigen und ungeteilten Russlands aufgezungen wird, ergibt in der Ukraine ein Verhältnis, das den Stempel einer faktischen Okkupation trägt. Gegen diese Politik, für die wir die russische kommunistische Partei und ihre territoriale Organisation, die kommunistische Partei der Bolschewisten in der Ukraine, verantwortlich machen, protestieren wir vor der ganzen kommunistischen Welt auf das Energischste und ziehen daraus entsprechende Konsequenzen.

4. Nach genauer Betrachtung der gegenwärtig in der Ukraine herrschenden interparteilichen Verhältnisse erklärt die Auslandsgruppe der ukrainischen Kommunisten, daß ihr Vorschlag nur in den Reihen der ukrainischen kommunistischen Partei sein kann. Sie tritt in sie als organischer Bestandteil, indem sie sich in gewissen Programmpunkten freie Hand vorbehält. Die Auslandsgruppe ruft die gesamten Ukrainer in Europa und Amerika auf, sich nur der ukrainischen kommunistischen Partei anzuschließen.

5. Die Auslandsgruppe heißt vollständig die Haltung des Genossen Winnitschenko gut, die er in den Besprechungen mit den Vertretern der russischen sozialistischen föderativen Sowjet-Republik und der russischen kommunistischen Partei in Angelegenheit ihrer Politik in der Ukraine eingenommen hat.

## Die Präsidentschaftswahl

Paris, 2. November.

Um 2 Uhr nachts waren nach der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ folgende Ergebnisse der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten bekannt: für Harding wurden gewählt: Im Staate New York 45 Delegierte, in Massachusetts 18, in Illinois 29, in Vermont 4, in Michigan 16, in Connecticut 7, in Ohio 24, in New Jersey 14, in Pennsylvania 38, in Indiana 15 und in Wisconsin 13, im ganzen also 222 Delegierte. Für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cox wurden gewählt: Im Staate Michigan 20 Delegierte, in Texas 20, in Virginia 1, in Kentucky 8 und in Tennessee 12, im ganzen also 61 Delegierte. Das Ergebnis kann aber noch wesentlich beeinflusst werden, da 531 Delegierte zu wählen sind.

# Parteitag der Kommunisten

Auch der gestrige zweite Tag des kommunistischen Parteitages verlief in gleicher Anspannung wie der erste. Der eintönige Verlauf der Verhandlungen wurde nur einmal lebhaft unterbrochen, als Fried die Siege der Roten Armee über Wrangel bekanntgab. Man sang die Internationale und schickte ein Sympathietelegramm an die Rote Armee.

Brandlers Referat erhob sich immerhin nicht nur rhetorisch, sondern auch sachlich über die am ersten Tage gehörten Reden. Das brachte auch die Diskussionsredner zum Ausdruck. Zu dem in unserer gestrigen Abendausgabe bereits Mitgeteiltem ist noch hinzuzufügen, daß Brandler die Betriebsräte als die Organe zur Überwindung der brennenden Arbeitslosenfrage bezeichnete. Gegenüber der "verlogenen Sozialisierungsparade" müsse die revolutionäre Forderung der Produktionskontrolle erhoben werden. Womit die Kommunisten wieder eine neue Parole gefunden haben, um einige Widerslungen den "Rechtsunabhängigen" voran zu sein. Sie werden auch hier die Partei der Parolen bleiben, als die sie ein Diskussionsredner gestern bezeichnete. Die "Rechtsunabhängigen" und die Gewerkschaften werden geschmacklos als Hüter der Konterrevolution bezeichnet. Es wird ihnen unterstellt, daß sie die Betriebe zu Organen des kapitalistischen Wiederaufbaus machen wollen. Das sagt derselbe Brandler, dessen ganze Ausführungen ihrem geistigen Gehalt und ihren praktischen Erfordernissen nach dem Klitzstein der Rechtsunabhängigen entkommen. Brandler zieht dann noch gegen den freigewerkschaftlichen Zusammenschluß der Betriebsräte gar grimmig vom Leder. Man werde sich aber in einen Streit um die Form nicht einlassen, sondern um Geist und Inhalt kämpfen.

Bezeichnend für die Verwirrung in den kommunistischen Reihen ist das, was Brandler über die politischen Arbeiterkräfte sagte. Er stellte ausdrücklich fest, daß die politischen Arbeiterkräfte niemals existieren könnten innerhalb der bestehenden Ordnung. Besser kann der Schwindel, der mit der Wahl politischer Arbeiterkräfte getrieben wurde, nicht illustriert werden. Auch das war seit je der Standpunkt der sogenannten "Rechtsunabhängigen". Es bedurfte aber erst eines Rosenkränzers von Moskau, um dieser fundamentalen Erkenntnis teilhaftig zu werden. So sagt man die Masse von einer Parole zur anderen, ohne sich über deren Tragweite oder Berechtigung im klaren zu sein.

Die Diskussion brachte keine neuen Gesichtspunkte. Sie erschöpfte sich in der Hauptache in den Angriffen auf die alte Gewerkschaftsbureaucratie. Positive Vorschläge für die Überwindung der Arbeitslosenfrage blieben aus. Das ist ja auch nicht nötig, denn diese Frage wird ebenfalls bei der kommunistischen "großen Aktion" mit erledigt. Lediglich Dunder wies auf die große Bedeutung der theoretischen Durchbildung der Betriebsräte hin. Dasselbe will nunmehr auch die Arbeiterunions nach ihrem Anschluß an die dritte Internationale im Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaucratie mitführen. Rüd. Stuttgart ist nicht der Ansicht, daß in der Partei keine Gegensätze bestehen. Er warnt davor, den Betriebsräten die Leitung der Aktionen anzuvertrauen. Beim Württemberger Generalkongress zeigte sich, daß die Betriebsräte dieser Aufgabe nicht gewachsen seien. Hedert, von der Zentrale, will eine Verbindung der kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften über das ganze Reich organisieren als Abwehr gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und die A.G. Dann kann die Spaltungsarbeit ja beginnen, die man so verweigert abstrakt.

In seinem Schlusswort fordert Brandler für die Arbeitslosen Unterstützung in der vollen Höhe des Lohnes, die aber nicht von den Arbeitern, sondern von dem Unternehmer aufgebracht werden soll. Das ist gleichfalls die Aufnahme einer Forderung, die zuerst von "rechtsunabhängiger" Seite erhoben wurde, und zwar vom Genossen Hilderling. Brandler will zur Hilfeleistung für die Arbeiter der Postwerke auch die Eisenbahner und Bergleute heranziehen. Der neue Kursfriedensschwindel der Gewerkschaftsbureaucratie sei die Parole: Sozialisierung mit dem Unternehmen.

Ein kommunistischer Redakteur, der das Kapitalverbrechen beging, daß er der These vom Zerfall des Kapitalismus entgegen trat mit der Behauptung, daß der Kapitalismus noch durchaus gefestigt sei und der verlangte, daß man die Massen darüber aufzuklären solle, wurde mit allen gegen eine Stimme ausgeschlossen. Sonst läme doch auch das ganze theoretische Gebäude des Kommunismus ins Wanken, das doch nur von der Hoffnung auf den in kürzester Zukunft zu erwartenden gänzlichen Zusammenbruch des Kapitalismus geteigert wird.

Wied schloß der Parteitag, d. h. er verkagte ihn eigentlich bis zum Vereinigungsparteitag mit den Neukommunisten, der im Dezember stattfinden soll.

Wir haben nach den Ergebnissen dieses Parteitages erneut festzustellen, daß man in der kommunistischen Partei nur noch von der Hoffnung auf die endgültige Aktion. Darauf ist alles eingestellt. Diesem Ziele werden alle theoretischen und praktischen Fragen der Politik der Wirtschaft und des Sozialismus angepaßt, sie werden umgebogen, schematisiert. Man hat sich eine künstliche Plattform geschaffen, von der aus man alle Dinge in ganz einfachem Nebeneinander sieht. Keine Unterscheidungen, keine Abwägung der verschiedenen Kräfteverhältnisse und deshalb auch keine Maße und festen Umrisse in den konkreten Forderungen. Was in den Referaten und Debatten sachlich von Bedeutung war, langt nicht "rechtsunabhängig". Der erste Beweis dafür, daß die Existenz der kommunistischen Partei keine Notwendigkeit für das revolutionäre Proletariat bedeutet. Die Ziele und Forderungen des revolutionären Proletariats, wie sie aus seiner Klassenlage und der politischen Gestaltung entspringen, sind enthalten im programmatischen Bekenntnis und in der praktischen Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands.

## Neukommunisten und Syndikalisten

Vor einigen Tagen hielten die syndikalistischen Arbeiterunions in Gelsenkirchen einen Reichskongress ab. Angeblieh vertreten 172 Delegierte 130.000 Mitglieder, eine gewiß nicht sehr imponierende Zahl. Der Kongress beschloß in mehreren Kundgebungen, sich vorbehaltlos der dritten Internationalen anzuschließen.

Dieser Beschluß wird von der "Internationalen" freudig begrüßt. Sie urteilt in gewaltiger Ueberschätzung des Einflusses dieser

Organisationen: "Mit dieser grundsätzlichen Stellung des Kongresses ist für die allgemeine Klärung im Ruhrrevier ein großer Schritt vorwärtsgesetzt", und sagt dann weiter: "Es bestehen hier eine ganze Reihe verschiedenartiger Unions, unter denen die mehr oder weniger syndikalistisch geleiteten stark überwiegen. Diese Gebilde erhalten nunmehr den Todesstoß." Es ist natürlich vollkommen falsch, wenn die "Internationalen" durch diesen Satz den Eindruck zu erwecken sucht, als ob die freien Arbeiterunions mit dem Anschluß an die dritte Internationale ihren syndikalistischen Charakter verlieren hätten. Aus der Stellungnahme Lenin zu den italienischen Anarchisten und aus der von Sinowjew zu der deutschen A. V. P. D. geht klar hervor, daß die dritte Internationale auch das Sammelbecken darstellt für anarchische und syndikalistische Elemente, wenn sie geneigt sind, die Führerdiktatur der Moskauer Kommunisten anzuerkennen.

Das Entscheidende an dieser Meldung aber ist die Tatsache, daß die Neukommunisten hier offen bezeugen, daß sie die Zerspaltung der deutschen Gewerkschafts-

## Betriebsvertrauensleute, Generalversammlungsdelegierte und Betriebsräte des Metallarbeitersverbandes

Am Sonntag, den 7. November, vorm. 9 1/2 Uhr, findet in den

Germania-Sälen, Chausseestr. 110, eine Versammlung sämtlicher

Funktionäre des Metallarbeiterverbandes statt, die auf dem Boden der U. S. P. D. (Crispien-Ledebour) stehen.

Tagesordnung: 1. Dürfen Partei und Gewerkschaften zerrümmert werden? Referent: Genosse Joseph Ernst-Hagen. 2. Diskussion.

Genossen! Die Erhaltung starker und geeinter wirtschaftlicher Organisationen ist eine Lebensfrage des revolutionären Proletariats. Beweist durch einmütiges Zusammenstehen, daß ihr nicht gewillt seid, die Einheitsfront auf gewerkschaftlichem Gebiete zerrütten zu lassen.

Funktionärsausweis des Verbandes sowie Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert.

## Bezirksverband Berlin-Brandenburg Der geschäftsführende Ausschuss

Bewegung unterstützen. Denn nichts anderes ist die Wirkung der Tätigkeit der freien Unions. Sie erschweren den früher auch von den Neukommunisten für richtig gehaltenen Kampf von innen heraus um die Revolutionierung der Gewerkschaften und verhindern, daß sie aus Instrumenten des bloßen Lohnkampfes zu Nachfaktoren für die Erziehung des Sozialismus werden.

## Ausfahrungen gegen Wucherer

Grünberg i. Schlesien, 3. November.

Den Blättern zufolge versammelten sich gestern während einer Sitzung des Kreiswirtschaftsverbandes Arbeiter vor dem Lokal. Nachdem eine Abordnung den Bauern über die hohen Preise Vorwürfe gemacht hatte, drang die Menge in den Saal ein und schlepte die Landwirte auf einen Wagen, der mit Schildern, die Aufschriften trugen: "Hier sind die Wucherer" und dergleichen, umhängt war. Auf dem Ring wurden die Pferde ausgespannt und die Bauern unter Mißhandlungen gezwungen, den Wagen, auf den sich Arbeiter gesetzt hatten, zu ziehen. Schließlich wurden die Landwirte wieder freigelassen. Polizei schritt nicht ein.

## Die Unternehmer rüsten!

Durch Wolffs Bureau wird die folgende Meldung verbreitet:

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wählte in ihrer Ausschußsitzung, die unter Leitung des Ersten Vorsitzenden Dr. Sorge am 2. November in Berlin stattfand, folgende Herren in den Vorstand: Werksbesitzer Blohm-Hamburg, Dr. Japs-Zweibrücken, Kommerzienrat Ephraim-Cottbus, Fabrikant Cl. Dietel-Greiz. Der Bericht, den der Geschäftsführer Dr. Tändler dem Ausschuss erstattete, gab ein Bild von dem außerordentlichen Anwachsen der Tätigkeit der Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitgeber während des Sommerhalbjahres 1920. Der Ausschuss stimmte den Vorschlägen einer kleinen Kommission über die Stellungnahme zu den Regierungsentwürfen betreffend Bildung der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrats zu. Der gegenwärtige Stand der Lohnbewegungen wurde eingehend erörtert.

Während die Unternehmer ihre Organisationen ausbauen und zu neuen Kämpfen gegen die Arbeiter rüsten, bekämpfen sich die Arbeiter in ihren Organisationen auf heftigste. Italien hat fortwährend und lähmen dadurch ihre Aktionsfähigkeit. Unter diesen Umständen wirkt es geradezu wie ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung, daß nach dem Willen von Moskau nunmehr auch die einzigen Organisationen, die bisher noch einigermaßen intakt geblieben sind, zerrümmert werden sollen. Gegen dieses Vorhaben muß sich die ganze Arbeiterkraft zur Wehr setzen!

## Die Arbeitslosigkeit

### Geringfügiger Rückgang der Zahl der Erwerbslosen

Wie uns aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich nach den amtlichen Feststellungen in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1920 weiter zurückgegangen. Während sie am 1. Oktober nach den endgültigen Feststellungen 306.151 betrug, belief sie sich am 15. Oktober auf 374.983, es ist also ein Rück-

gang um 21.168, und zwar 11.457 männliche und 6.711 weibliche Erwerbslose zu verzeichnen. Die Zahl der Familienangehörigen, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden, ist von 360.288 auf 348.637 herabgegangen. Die Aufwendungen an Erwerbslosenunterstützung, die in der zweiten Hälfte des Monats September für Reich, Länder und Gemeinden zusammen 45,7 Millionen Mark betragen hatte, verminderte sich in der ersten Hälfte des Oktober auf 41,2 Millionen Mark.

Diese Zahlen zeigen, wie lächerlich gering die Aufwendungen des Reiches für die Arbeitslosen sind im Vergleich zu den gewaltigen Summen für den Militarismus und den unbilligen Aufwendungen bei den sonstigen Staatsaufgaben.

## Die Angestellten und die Sozialisierung

Der Gautag des Bundes der technischen Beamten und Angestellten für Rheinland und Westfalen nahm zur Sozialisierung des Bergbaues nachstehende Entschließung einstimmig an:

"Der am 31. Oktober 1920 stattfindende Gautag des Bundes der technischen Angestellten für Rheinland und Westfalen erwarbt von der Reichsregierung die beschleunigte Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Sozialisierung des Bergbaues und sieht im Vorschlag 1 der Sozialisierungskommission die gegebene Grundlage, um eine Vollsozialisierung dieses Produktionszweiges herbeizuführen."

Gleichzeitig werden Bundes- und Sta-Vorstand aufgefordert, alle Vorbereitungen zu treffen, um im Falle einer ablehnenden Haltung der Regierung und des Reichstages die Vollsozialisierung des Bergbaues in Gemeinschaft mit den freien Arbeitergewerkschaften unter Anwendung aller verfügbaren gewerkschaftlichen Mittel aus eigener Kraft zu erringen.

Dieser Beschluß der technischen Angestellten Rheinlands-Westfalens ist sehr erfreulich. Zeigt er doch, daß sie nicht nur erkannt haben, daß der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues geführt werden muß, sondern daß sie auch gewillt sind, sie zu erkämpfen.

## Aus der Wirtschaft

### Industrielle Zusammenschlüsse

Hugo Stinnes beginnt seinen "gemeinwirtschaftlichen" Plan, Rohstoffproduzenten und Verbraucher in Konzentris auf kapitalistischer Grundlage zusammenzuschmelzen, auf eigene Faust zu verwirklichen. Nachdem ihm der Zusammenschluß einiger der größten Unternehmungen der Schwerindustrie gelungen ist, strebt er jetzt, gestützt auf die in diesen Gesellschaften zusammengeworfene Kapitalmacht, seine Hand nach den Verbraucherindustrien aus.

Wir berichteten schon von den Verhandlungen über den Abschluß einer Interessengemeinschaft mit dem Siemens-Konzern. Gleichzeitig hatte Stinnes Einfluß auf die Maschinenfabrik Augsburg-Karlsruhe, die mit einem Kapital von 100 Millionen Mark arbeitet, zu gewinnen. Das ist ihm aber vorübergegangen, vielmehr hat die Maschinenfabrik mit der Gute Hoffnungshütte eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. Die Gute Hoffnungshütte übernimmt einen bedeutenden Aktienposten der Maschinenfabrik und wird sie mit Kohlenstoffen versorgen.

Zum Erlaß hat der Stinnes-Konzern einen großen Aktienposten der Gebr. Böhler & Co. erworben. Diesen Posten hatte seinerzeit der Bankier Herzfeld, ein Spekulant größter Stills, aufgekauft, und einer französischen Gruppe angeboten, die ihn aber ablehnte, da er ihr nicht die Aktienmehrheit sicherte.

Die Arbeitererschaft hat das größte Interesse daran, die Konzentration vorzuziehen innerhalb der Industrie aufmerksam zu beobachten. Wir müssen den Gegner und seine Macht kennen lernen, wenn wir ihn wirksam bekämpfen wollen.

### Der Außenhandel Italiens

Im ersten Halbjahr 1920 wurden nach Italien Waren im Werte von 8.418,67 Million Lire eingeführt und Waren im Werte von 3.889,88 Million Lire ausgeführt. Im ersten Halbjahre 1919 hatte die Einfuhr 8.539,44 Million Lire, die Ausfuhr 2.119,22 Million Lire betragen.

Wenn sich demnach die Handelsbilanz schon gebessert hat, ist sie doch immer noch sehr ungünstig — ein Zeichen der trostlosen Wirtschaftslage Italiens und der starken wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland, vor allem von seinen "Verbündeten" Amerika und England. So stand einer Einfuhr aus den Vereinigten Staaten im Werte von 2.620,63 Million Lire eine Ausfuhr dorthin von nur 396,86 Million Lire gegenüber, einer Einfuhr aus England von 1.365,58 Million, eine Ausfuhr von 512,61 Million. Von Deutschland wurden für 318,05 Million Lire Waren eingeführt, nach Deutschland für 119,36 Million Lire ausgeführt.

Dem italienischen "Temps" entnehmen wir eine interessante Notiz, die treffend illustriert, daß die wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse und Kämpfe auch unter den "Verbündeten" die Rolle spielen, die durch die kapitalistischen Wirtschaftskrisen hervorgerufen sind. Während der schweren sozialen Kämpfe der Metallarbeiter in Osterreich und der Schiffer in Genua begann sich der schweizerische Ueberseehandel von Genua nach Marseille zu verziehen. Daran um man, die französischen Kapitalisten die größten Anstrengungen, den Exporthandel dauernd nach Marseille zu verlegen. Mit welchem Erfolg, zeigt eine Umkehrung des schweizerischen Bundespräsidenten Motta. Er erklärte, daß Genua allerdings der zweitmäßigste Hafen für den schweizerischen Ueberseehandel wäre, aber Marseille und die französischen Bahnen bemühen sich erfolgreich, den Handel nach Marseille abzulenken.

### Der Stand der Mark

Die Mark hat sich gestern von ihrem Tiefstand etwas erholt.

Es kosteten	am 2. 11.	am 8. 11.
100 holländische Gulden	2432 55 Mk.	2577 06 Mk.
100 finnische Mark	176 08	175 03
100 belgische Franken	531 95	518 95
1 englisches Pfund Sterl.	274 45	269 07
1 amerikan. Dollar	79 92	77 50
100 tschech. Böhmer Krone	23 52	23 97
100 tschechisch-slowakische Kronen	86 63	85 65

Steigen der oberschlesischen Eisenproduktion. In Oberschlesien wurden im 3. Vierteljahr 1920 182.673 Tonnen Roheisen (gegenüber 131.300 Tonnen im 2. Vierteljahr 1920), 283.731 (262.214) Tonnen Fluß- und Schweißeisen, 91.362 (92.794) Tonnen Halbzeugabritate und 202.804 (191.415) Tonnen Fertigabritate erzeugt.

**Oxen: YORK** mit Goldmundstück mit Korkmundstück **GARBÄT**



### Die Streiksammlung für die Angestellten

Vom Vorstand der Ma wird uns geschrieben:  
 Gelegentlich des großen Angestelltenstreiks in der Berliner Metallindustrie vom März 1919 hatte die Arbeiterkammer von Groß-Berlin eine allgemeine Geldsammlung zur Unterstützung dieser Streikbewegung beschlossen. Die Angestellten kämpften damals für das Mindestlohnrecht und konnten sich in diesem gewaltigen Ringen der vollen Sympathie und Solidarität der Handarbeiter erfreuen. Die Durchführung der Sammlung war dem damaligen Vollzugsrat der Arbeiterkammer übertragen worden und es wurden mindestens 50000 M an Spenden eingegangen. Die freien Angestelltenvereine haben immer darauf gedrängt, daß über die eingegangenen Gelder Rechnung gelegt und Grundzüge für eine gerechte Verteilung der gesammelten Gelder aufgestellt werden. Entweder müßten die eingegangenen Beträge dem am Streik beteiligten Angestelltenverbanden anteilig zufließen, oder sie müßten wiederum Streikunterstützung ausbezahlt werden, oder aber sie müßten den einzelnen am Streik beteiligten Angestellten direkt ausbezahlt werden. In jedem Falle hätte es nur den Grundzügen der Billigkeit und Gerechtigkeit entsprochen, zunächst den Betrag der eingegangenen Gelder festzustellen, auf der anderen Seite die Ansprüche der streikenden Angestellten und ihre Zahl zu ermitteln, um dann nach einem Schlüssel zu verteilen. Der Vollzugsrat und seine Nachfolgerin die jetzige Betriebsrätezentrale in der Kärntnerstraße, waren indes offen derartigen Vorschlägen und Mahnungen der „Ma“ unzugänglich und stellten sich bloß auf den Standpunkt, daß nur sie über die Verwendung der Gelder zu entscheiden hätten. Es ist bis heute noch nicht bekannt, in welchem Umfang und an welche Angestellten Klassen es erfolgt ist, wohl aber ist bekannt, daß die große Masse der damals streikenden Industriearbeiter nichts erhalten hat. Auf eine letzte Anfrage hat Richard Müller der Ma u. a. mitgeteilt, daß die Generalkonferenz seiner Betriebsräteorganisation über die Verwendung der restlichen Gelder entscheiden würde.

Wir sind der Auffassung, daß die damals von der Groß-Berliner Arbeiterkammer für die Angestellten gesammelten Streikgelder ausschließlich dem Zweck zugeführt werden dürfen, für den sie bestimmt waren; es muß ferner endlich eine Abrechnung über das Ergebnis der damaligen Geldsammlung und die bisher vorgenommene willkürliche Verwendung der Gelder verlangt werden. Bei der Verwendung des restlichen Betrages kann unter keinen Umständen die Betriebsrätezentrale in der Kärntnerstraße beauftragt werden. Nachdem unsere bisherigen Versuche, in direkter Verhandlung mit Herrn Richard Müller die nötige Aufklärung und eine gerechte Verdisponierung der Sache herbeizuführen, vergeblich waren, haben wir uns nunmehr genötigt, diesen Vorgang der Berliner Arbeiterkammer öffentlich zu unterbreiten.

### Gewerkschaftliches

#### Zum Streik im Textilgroßhandel

Eine Versammlung der streikenden Angestellten am 3. d. M. hat ein glänzendes Stimmungsbild. Die Angestellten werden sich von Stunde zu Stunde mehr bewußt, daß es jetzt um Ganze geht. Es herrscht in dem einstimmigen unüberbrücklichen Beschluß, nicht eher in die Betriebe zurückzugehen, bis ihre Forderungen restlos erfüllt sind.

Die Zentralstreikleitung hat bis jetzt einmal aus tatsächlichen Gründen, dann aber auch, um die Konfektion in Berlin, welche auf den Textilgroßhandel angewiesen ist, nicht gänzlich brach zu legen, von einer Einstellung sämtlicher Betriebe abgesehen. Aber auch die Beschäftigten dieser Häuser kommen täglich, um ihren Streikwort zu bekunden und ihre Beteiligung erkennen zu geben, daß sie auf den ersten Blick der Zentralstreikleitung den kämpfenden Parteigenossen an die Seite treten.

Einen glänzenden Solidaritätsbeweis geben auch die gewerkschaftlichen Arbeiter im Textilgroßhandel. Die im Textilarbeiter-Verband organisierten Arbeiter legen von heute ab ihre Arbeit aus, um nicht in die Gefahr zu kommen, die geringe indirekte Streikarbeit zu leisten. Desgleichen stehen die Handelshilfsarbeiter noch wie vor in ausgeprägter Solidarität zu den kaufmännischen Angestellten.

Am Donnerstag, den 4. d. M., finden vor dem Demobilisierungskommissar die ersten Einigungsver-

handlungen statt. Die Angestellten sind, wie stets, zum Frieden bereit, zum Kampf gerüstet. Sollte aber die Einigung auf Kosten der Angestelltenforderungen beschleunigt sein, so dürfen wir schon heute sagen, daß die Angestellten garnicht an ein solches Kompromiß denken.

Zu erwähnen ist ferner, daß am Freitag in einer anderen Branche des Textilgewerbes die Verhandlungen begannen, nämlich in dem Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoffgroßhandel. Man wird das Ergebnis abwarten haben, ehe man davon sprechen kann, daß auch diese Angestellten bei mangelndem Zugeständnissen Hand in Hand mit den bereits im Streik befindlichen Massen zu gehen entschlossen sind.

Die streikenden Angestellten treffen sich täglich in Havellands Festhallen, Neue Friedrichstr. 3.

Die Zentral-Streikleitung.

#### Beschlüsse des Tarifausschusses der Buchdrucker

In neuer wöchentlichener Teuerungszulage sind den Gehilfen zu zahlen an allen Orten in Lohnklasse A 10 M., B 15 M., C 20 M. Diese Beträge sind auf die heutigen Löhne zu zahlen, und zwar mit Wirkung ab 1. November. Diese neue Teuerungszulage bei Gültigkeit bis zum 31. März 1921, kündbar mit vierwöchiger Frist. Seit dem 15. September betrieblich oder örtlich gewährte Sonderzulagen können mit der neuen Teuerungszulage verrechnet werden.

Bezüglich einer etwaigen Verrechnung im besetzten Gebiet und so weit es sich um bereits bisher gezahlte höhere Teuerungszulagen handelt, sind die Kreisämter bzw. das Tarifamt als letzte Instanz zuständig.

Die Entschädigung für Lohnausfall bei verkürzter Arbeitszeit wird bis zum 31. Dezember l. J. mit 25 Prozent weitergezahlt, ab 1. Januar bis 31. März 1921 mit 20 Prozent, ab 1. April bis 30. Juni 1921 mit 15 Prozent, vorbehaltlich etwa noch ergebender gesetzlicher Bestimmungen.

Entsprechend der Staffelung der Gehilfen-Teuerungszulage nach Altersklassen ist die Teuerungszulage für Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter wie folgt beschlossen worden: Weibliche Hilfsarbeiter im Alter bis zu 21 Jahren 6 M., männliche Hilfsarbeiter im Alter bis zu 21 Jahren 8 M., weibliche Hilfsarbeiter im Alter über 21 bis 24 Jahre 9 M., männliche Hilfsarbeiter im Alter über 21 bis 24 Jahre 13 M., weibliche Hilfsarbeiter im Alter über 24 Jahre 12 M., männliche Hilfsarbeiter im Alter über 24 Jahre 17 M.

### Groß-Berlin

#### Zur Bewegung der städtischen Arbeiter

Die Vertreter der städtischen Arbeiter haben die sogenannte Große Deputation angerufen, die in dem Tarifvertrage als Schlichtungsausschuss vorgesehen ist. Dieser Ausschuss trat gestern im Bürgeraal des Rathauses zusammen. Es war eine städtische Versammlung, die hier aus den verschiedenen Verwaltungen der Stadt zusammengelassen war. Die gestellten Forderungen wurden eingehend mit der Not der Zeit begründet. Vertreter des Magistrats schützten die schwierige Lage der Gemeinde, die es nicht ermöglichte, den Wünschen nachzukommen. Die gestellten Forderungen betrafen sich allem für die Arbeiter und Hilfskräfte auf nahezu 300 Millionen Mark. Es sei dafür nicht ein Pfennig Deduktion nachzugeben und auch kaum Aussicht, Deduktion zu finden. Nach mehrstündigen Verhandlungen zog sich der Schlichtungsausschuss zur Beratung zurück.

Nach eingehender Besprechung kam es dazu, sich zu vertagen. Es soll heute eine außerordentliche Magistratsitzung erwägen, ob auch nur für einen kleineren Teil der Forderungen Deduktion gefunden werden kann, insbesondere, ob der Magistrat es verantworten will, in heutiger Zeit eine weitere Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise der Bevölkerung aufzubringen und ob für die Lebensmittelerhöhungen die Kosten für höhere Löhne der Hilfskräfte durch Erhöhung der Preise für Lebensmittel zum Ausdruck kommen soll. Man verheißt sich nicht, daß diese Art der Deduktion die Allgemeinheit schwer, vielleicht schwerer treffen wird als eine eventuelle Ablehnung der Forderungen der Arbeiter. Andererseits drängen die Arbeiter bei Ablehnung ihrer Forderungen mit dem Streik. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die städtischen Arbeiter vor allen anderen Arbeitern bevorzugt seien, da sie immer noch ständige Beschäftigung hätten als die übrigen Arbeiter. Man müsse auch an die Tausende von Er-

werbslosen denken, die eher als Arbeitende Berücksichtigung und nicht noch weitere Belastungen verdienen, die aber durch die jetzige Lage einfallen würde.

Nach der außerordentlichen Magistratsitzung wird der Ausschuss nochmals unter Hinzuziehung von Organisationsvertretern zusammenzutreten.

**Brechkommission.** Alle Zuschriften sind an den Obmann, Gen. B. M a a h, Berlin N. 37, Weidenburger Straße 4, zu Organisationsstellen zu senden.

**Zur Beachtung!** Der zweite Abend der Vortragreihe des Genossen Richard Seidel über „Die Betriebsräte“ im Rahmen der Volkshochschule findet heute Donnerstag Abend in T e p l o w, Realgymnasium, Neue Krugallee 6, statt. Neue Hörer können noch hinzukommen.

**Bewaltungsbekanntmachung.** Freitag, den 5. November, abends 7 Uhr, Sitzung der Stadt- und Bezirksverordneten bei Hofmann, Ludener Straße 8.

**Bürgerlicher Zusammenschluß im 3. Verwaltungsbezirk.** Sämtliche bürgerliche Parteien der Bezirksversammlung in Berlin 3 (Friedrichshagen), von den Deutschen Nationalen bis zu den Demokraten, haben sich zu einer Fraktions- und Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Vorsitzender ist Bezirksverordneter Dr. Falkenberg (D. B. V.). Die bürgerliche Fraktion zählt 18 Mitglieder, denen 34 Unabhängige und 12 Sozialdemokraten, zusammen eine sozialistische Mehrheit von 46, gegenübersteht.

**Au der staatlichen Pausenschule in Reetzlin** werden auch in diesem Winter Halbjahr wieder Fortbildungskurse für Bauhandwerker, Vermessungstechniker, Eisenbontentechniker und für alle, die in den einschlägigen Berufen tätig sind, abgehalten. Der Unterricht findet an den Wochentagen abends und an den Sonntagen vormittags statt. Die rege Teilnahme daran ist ein Beweis, daß ein großes Bedürfnis hierfür vorhanden ist. Die Kosten sind so niedrig, daß auch den Unbemittelten die Teilnahme ermöglicht wird. Der Unterricht bewirkt die Fortbildung der im Berufe stehenden Techniker und Handwerker und wird den persönlichen Wünschen der Teilnehmer in jedem Einzelfalle angepaßt.

**Reorganisation der Verwaltung für das gewerbliche Schulwesen Berlins.** Durch das Gesetz über die neue Stadtgemeinde Berlin ist die Zerstückelung, die in der Verwaltung des gewerblichen Schulwesens Groß-Berlins bestand, beseitigt worden. Während bisher der Oberpräsident in Charlottenburg, der Polizeipräsident in Berlin und der Regierungsrat in Potsdam für einzelne Gebiete des gewerblichen Schulwesens zuständig waren, ist jetzt eine einheitliche Verwaltung geschaffen, die mit der gesamten Schulverwaltung im Provinzial-Schulkollegium verknüpft ist. Die neu geschaffene Abteilung III des Provinzial-Schulkollegiums für das Fach- und Fortbildungsschulwesen untersteht, wie das gewerbliche Fach- und Gewerbe und soll demnach in dem früheren Wilhelms-Gymnasium, Bellevuestraße, untergebracht werden.

**Zur Frage der Hebung der Eisenbahnlage** wird von der Eisenbahndirektion Berlin folgendes mitgeteilt: Nach einer Besichtigung des Reichsverkehrsministers sollen die Rüge auch in dieser Zeitperiode, die bis zum 31. März l. J. reichen soll, nur im Umfang wie im Vorjahr geheilt werden. Neben dem Fangel an Brennstoffen ist auch die noch immer geringe Anzahl der verlässlichen Heizerkräfte auszuscheiden für den geringen Umfang der Hebung in den Zügen. Da die Fernpersonenzüge und die Schnellzüge nicht ganz so stark geheilt werden können wie vor dem Kriege und eine ausreichende Hebung nicht garantiert werden kann, so werden die Reisenden unter allen Umständen tun, wenn sie sich mit ausreichender Wärmebekleidung versehen. — Die Berliner Stadt- und Ringbahnzüge werden unter den jetzigen Umständen beheizt werden können. Die Frage der Hebung der Vorortzüge ist zur Zeit noch Gegenstand eingehender Prüfung. Zunächst soll versucht werden, die Fernzüge der Eisenbahndirektion Berlin, vor allem die Rüge der Strecke Potsdam-Rauen-Oranienburg und Berlin-Fest. Bahnhof-Wertheimburg, zu beheben. Weiterhin wird geprüft, ob diejenigen Lokomotivzüge beheizt werden können, die eine Nachdauer von länger als eine Stunde haben. Zu diesen gehören die Rüge der vom Berliner Bahnhof ausgehenden Vorort-Züge, der Strecke Potsdam-Ermer, der Strecke Spandau-Tirnsdorf und Berlin-Jüßen. Zur Zeit wird festgestellt, in welchem Umfang brauchbare Heizvorrichtungen im Bezirk der Eisenbahndirektion Berlin vorhanden sind und wieviel angefordert werden können. Von dem Erfolg dieser Prüfung hängt es ab, ob und in welchem Umfang sich eine Hebung der Berliner Rüge durchzuführen läßt. — Die Wartebäume auf den Bahnhöfen werden derzeit noch nicht beheizt werden können. Die einzelnen Stationen sind von der Eisenbahndirektion aber erneut angewiesen worden, für die Aufrechterhaltung des Raumes, ganze Fensterfelder, ausschließende Türen

### Hunger

Roman von Kurt Hamann.

Ich tat, als sei gar nichts geschehen, breitete die Decke wieder über das Bett, glättete sie aus, wie ich sonst zu tun pflegte, und versuchte jede Spur meiner letzten Tat zu verwischen. In dem Augenblick, wo ich beschloß, diesen Subversivstreik zu begeben, konnte ich unmöglich bei Norem Pe-stand gewesen sein; je mehr ich darüber nachdachte, desto ungelieblicher kam es mir vor. Ein Anfall von Schwäche, irgend eine Erschlaffung in meinem Innern mußte mich übertrumpft haben. Raum war ich in diese Schlinge geraten, als ich schon ahnte, daß es ein schlimmes Ende nehmen würde, und daher hatte ich es ausdrücklich zur Zeit mit der Weisheit versucht. Und es freute mich, daß ich nicht Gelegenheiten gefunden, dies Verbrechen zu vollenden, das meine letzten Lebensstunden befehlen haben würde.

Und wieder wanderte ich in die Stadt hinaus.

Ich ließ mich auf einer Bank neben der Eislocherkirche nieder, der Kopf sank mir auf die Brust, ich war erschlaft durch die letzte Aufregung, Kramp und verkommen vor Hunger. So verging die Zeit.

Auch diese eine Stunde wollte ich noch draußen bleiben; es war heller als im Hause; außerdem kam es mir vor, als ob es in der feischen Luft nicht ganz so schlimm in meiner Brust arbeitete; ich kam noch immer früh genug heim.

Und ich träumte und dachte und litt fürchterlich. Ich hatte einen kleinen Stein genommen, den ich mit den Knaufeln abgeputzt und in den Mund gesteckt hatte, um etwas zu haben, worauf ich kauen konnte; sonst rührte ich mich nicht, bewegte nicht einmal die Augen. Die Menschen kamen und gingen, Wagengetöse, Pferdegetrampel und Stimmen erfüllten die Luft.

Mit den Knöpfen konnte ich es aber doch versuchen; Natürlich würde es nichts nützen, und außerdem war ich recht krank. Wenn ich mir's überlegte, mußte ich auf dem Nachhausewege ja durch die Gegend, wo „Onkel“ wohnte — mein eigentlicher „Onkel“.

Endlich stand ich auf und schleppte mich langsam durch die Gassen. Es brannte mir über den Augenbrauen, es zog sich zum Fieber zusammen, und ich beirte mich, so gut ich konnte. Wieder kam ich an dem Bäckerladen vorüber, wo das Brot lag. So, jetzt bleiben wir hier aber nicht stehen, sagte ich mit affektierter Entschiedenheit. Wenn ich nun aber hineinging und um ein Stück Brot bettelte? Ein Streikgedanke, ein Aufblick. In Wirklichkeit fiel es mir

gar nicht ein. Pfui! Küsterte ich und schüttelte den Kopf. Dann ging ich weiter.

Im Reifweggang stand ein Liebespaar in einer Haustür und küsterte; weiter hin saß ein Mädchen den Kopf zum Fenster hinaus. Ich ging langsam und bedächtig, es sah aus, als grübe ich über irgend etwas — das Mädchen kam auf die Straße hinaus.

„Wie steht's mit dir, Alter? Was? Bist du krank? Gott sieh mir bei, was für ein Gesicht!“ Und damit lief das Mädchen schnell wieder fort.

Aber ich blieb plötzlich stehen. Ich mußte unglücklich mager sein. Und die Augen waren auf dem Wege in den Kopf zurück. Wie mußte ich eigentlich aussehen? Es war doch aber auch zum Teufel holen, daß man sich bei lebendigem Leibe so vom Hunger zurecht lassen mußte! Ich füllte die Kaserne noch einmal in mir auf, doch das letzte Aufschauen, eine Raschelnung. Heil einem Gott, solch ein Gesicht, wie? Da hatte ich nun einen Kopf auf den Schultern, der im ganzen Lande nicht seinesgleichen hatte, ein paar Häute, die — Vater, verzeih mir's — einen Dienstmann zu Siebmehl hätten mahlen können — und dabei hungerte ich mitten in Kristiania zuhause! La da da Stun und Verstand drin? Ich hatte Tag und Nacht wie ein Kopf gearbeitet, ich hatte mir die Augen aus dem Hirnschädel studiert und den Verstand aus dem Kopf gehungert — und was zum Teufel hatte ich dafür? Sogar die Strafendürnen wollten von meinem Anblick befreit sein. Jetzt hieß es aber Stop! — restlos bist du? — Kopf, hol mich der Sotan ...

Mit stetig zunehmender Raserei, Zähneknirschen und im Gefühl meiner Mächtigkeits, unter Tränen und Flüssen, tobte ich weiter, ohne mich an die Vorübergehenden zu kehren. Ich begann wieder, mich zu martern, rannte mit dem Kopf gegen Laternenstämme, grub mir die Nägel tief in die Handflächen, biß mich im Wahn auf die Zunge, wenn sie nicht den sich sprach, und lachte wie rasend jedesmal, wenn es recht weh tat.

„Ja, aber was soll ich anfangen?“ fragte ich mich zuletzt. Dabei stampfte ich ein paarmal mit dem Fuß und wiederholte: Was soll ich anfangen?

In diesem Augenblick geht ein Herr vorüber und bemerkt lächelnd:

„Gehen Sie und lassen Sie sich einsperren.“

Ich sah ihm nach. Er war einer unserer bekanntesten Familienärzte, der „Herzog“ genannt. Ich hatte mich verstand auf meinen Zustand, ein Mann, den ich kannte, dessen Hand ich gedrückt hatte. Ich wurde ruhig. Ja, ich war verrückt, er hatte recht. Ich füllte den Wahn im

Blut, fühlte, wie er mit durchs Hirn jagte. So sollte es also mit mir enden! Ja, ja! Ich begann wieder meinen lausamen, traurigen Gang! Da sollte ich also stundenlang mit einemmal stehen ich wieder still. Aber nicht einsperren! sage ich, das nicht! Und ich war beinahe keiser vor Angst. Ich bat, stehe ins Blaue hinein, um nicht eingesperrt zu werden. Dann würde ich wieder aufs Rathaus kommen, in eine dunkle Zelle eingesperrt werden, in der nicht der leiseste Lichtschimmer war. Nur das nicht! Es gab ja doch noch andere Auswege, die ich nicht versucht hatte. Ich wollte sie versuchen; ich wollte so fleißig sein, mir Zeit dazu gönnen und unerschrocken von Haus zu Haus gehen. Da war zum Beispiel noch Russkollendler Eisler, bei dem ich noch gar nicht gewesen. Es würde sich schon Rat finden ... So sprach ich zu mir und meinte beinahe vor Rührung. Nur nicht einsperren werden!

Eisler? War das vielleicht ein Fingerzeig von oben? Sein Name war mir ohne Grund einfallen, und er wohnte soweit fort; aber aufsuchen wollte ich ihn doch; ich konnte ja langsam gehen und mich zwischendurch ausruhen. Ich konnte den Weg, war in den Zeiten oft bei ihm gewesen und hatte viele Noten gekauft. Sollte ich ihn um eine halbe Krone bitten? Das würde ihn vielleicht genieren; ich mußte also schon eine ganze verlangen.

Ich trat in den Laden und fragte nach dem Chef; man wies mich nach seinem Bureau. Dort sah der Mann, stattdessen, nach der neuesten Mode gekleidet, und sah Rechnungen durch.

Ich stotterte eine Entschuldigung und brachte mein Anliegen vor. Durch die Not gezwungen, mich an ihn zu wenden ... würde es in nicht allzu langer Zeit zurückbezahlen ... sobald ich das Honorar für meinen Zeitungsartikel bekam ... er würde mir eine so große Wohlthat erweisen.

Nach während ich sprach, wandte er sich wieder seinem Pult zu und fuhr mit seiner Arbeit fort. Als ich zu Ende war, blickte er schief zu mir herüber, schüttelte den schänen Kopf und sagte „nein“. Nur nein. Keine Erlösung. Kein Wort.

Meine Anie schlotterten gewollt, ich mußte mich gegen den kleinen Scharn stützen. Ich wollte es noch einmal versuchen. Weshalb war denn gerade sein Name mir eingefallen, als ich weit unten in Vaterland war? Ich spürte ein paar Stiche in der linken Seite und begann zu schreien. Hm! Ich sei wirklich sehr heruntergekommen, sagte ich, und leider auch ziemlich krank; ich würde es gewiß schon in ein paar Tagen zurückbezahlen können. Ob er nicht die Güte haben wolle?

(Fortf. folgt.)

